

Beschluss Kapitel 3: Solidarität sichern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

1 **Kapitel 3: Solidarität sichern**

2 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich
3 unterhakt
4 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für
5 unser
6 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die
7 Gefahr ist,
8 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte
9 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.
10
11 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an
12 – zu
13 schaffen: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein
14 Sicherheitsversprechen für jede Lebenslage zu geben, das umso stärker ist, je mehr
15 Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn
16 die
17 sozialen Voraussetzungen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften
18 ohne
19 existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften
20 stärker.
21
22 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor
23 Augen
24 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist, wie zentral eine
25 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat
26 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit
bewahrt. Die
Pandemie hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird
schneller
krank. Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege,
der
Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in
Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Freiberufler*innen und Selbständige,
die
ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder
-not.
Wer Kinder oder Jugendliche allein oder getrennt erzieht, ist durch Kinderbetreuung,
Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf
unsere
individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten
fehlt,
aber die Schwimmhalle geschlossen ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.

27 Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu
einem
28 neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die
sozialen
29 Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in
Zeiten
30 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere
31 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren –
kurz,
32 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten
Räumen des
33 Miteinanders werden.

34 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden,
Osten oder
35 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige
36 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals
noch
37 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso
einen
38 Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie
Städter*innen.
39 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden
können.
40 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis
weit in
41 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

42 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung
garantieren,
43 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern
und der
44 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die
Vorzeichen
45 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen
Auftrag
46 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu
Geburtshilfe und
47 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr
48 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die
Angehörige
49 oder Freund*innen pflegen.

50 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten
für viele
51 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber
Angst lähmt
52 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die
Risiken
53 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und
durch
54 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische

Mitbestimmung

55 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in
eine sozial-
56 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass
Transformation
57 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs
schaffen, mit
58 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

59 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

60 **Kinder in den Mittelpunkt**

61 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht
auf
62 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen
Bedürfnissen,
63 die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und
das
64 Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen
und maßgeblich
65 berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der
Grundprinzipien der
66 UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für
Kinder- und
67 Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre
68 Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom
69 Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die
70 Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände
mit
71 einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Demokratie darf kein
abstrakter Begriff
72 sein, sondern muss immer wieder im eigenen Alltag erfahren und erprobt werden
können.
73 werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische
Bildung, die
74 wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und
finanziell
75 stärken. Auch wollen wir die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung
76 stärken. Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und
Wohnumfeldmaßnahmen, die
77 Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies
im
78 Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.

79 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

80 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor
allem
81 bei Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehenden), Geringverdienenden mit Kindern oder
Familien

82 mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Kinderarmut
bedeutet
83 auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind
verdient
84 unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft
abhängen.
85 Daher werden wir eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von
Kinderarmut
86 entwickeln und umsetzen. Neben hervorragender Infrastruktur werden wir Familien mit
einer
87 einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der
Kindergrundsicherung.
88 Unser Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für
Kinder und
89 die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung
zusammenzufassen.
90 Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag,
Kinder in
91 Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen
GarantiePlus-
92 Betrag. Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag.
Nach
93 einmaliger Beantragung bei der Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung
automatisch von
94 der Familienkasse berechnet, die sie dann auch auszahlt. So kommt die
Kindergrundsicherung
95 garantiert bei jedem Kind an und Schritt für Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist
96 gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Die
Kindergrundsicherung
97 verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

98 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

99 Ob Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung
oder
100 Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und
Jugendhilfe
101 begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter*innen und
pädagogische
102 Mitarbeiter*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch
103 gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete
Jugendämter und
104 Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder-
und
105 Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und
Wissenschaft
106 weiterentwickeln. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen
und
107 geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch für
Menschen mit
108 Behinderungen geregelt. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden,
dass

109 alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich
 auch
 110 an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten. Die
 bestehenden
 111 Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin
 zu einem
 112 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und
 Kommunen, die
 113 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der
 114 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So
 können
 115 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen
 werden. Den
 116 Kostenbeitrag von Jugendlichen in einer vollstationären Einrichtung oder Pflegefamilie
 117 wollen wir abschaffen.

118 **Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung - Jugend als eigenständige**
 119 **Lebensphase stärken**

120 Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich frei und selbstbestimmt entwickeln
 können.
 121 Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige Jugendliche sollen über alle
 122 Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere Lernorte und
 Freiräume haben,
 123 die sie selbst mitgestalten. Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch
 wirksam
 124 einbringen bzw. einfordern können, wollen wir niedrigschwellige Beteiligungsgremien
 wie
 125 Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken. Wir
 werden
 126 Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen.
 Die
 127 Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von
 Hilfen
 128 zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und
 Räume für
 129 Jugendliche nachhaltig fördern. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten
 der
 130 Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale
 131 Begegnungen und Austauschprogramme.

132 **Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

133 Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir
 müssen
 134 sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß
 werden.
 135 Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern,
 Bildungseinrichtungen
 136 und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für
 Eltern.
 137 Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender
 Hardware

138 und Internetanbindung: Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales
139 Endgerät, wenn sie dieses benötigen. Auch dem Suchtpotenzial und den
Gesundheitsrisiken der
140 übermäßigen Nutzung digitaler Anwendungen möchten wir begegnen. Kinder und
Jugendliche
141 brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede,
142 Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dem Mobbing im Netz wollen wir einen
Riegel
143 vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden
sicheren
144 Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren
Informations-
145 und Beschwerdemöglichkeiten. Die Bundeszentrale für Kinder- und
Jugendmedienschutz soll in
146 ihren Kompetenzen gestärkt werden. Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch
private
147 Anbieter werden wir Kinder schützen.

148 **Kinder vor Gewalt schützen**

149 Für viele Kinder und Jugendliche ist psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt und
150 Vernachlässigung leidvoller Alltag. Dagegen gehen wir hart vor – mit starker
Prävention,
151 konsequenter Aufarbeitung und Strafverfolgung sowie weiteren Maßnahmen zur
152 Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das
oberste Ziel
153 ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung, altersgerechte
154 Präventionsprogramme und gelebte Schutzkonzepte sowie die Kooperation aller
Akteur*innen
155 überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden.
Basiswissen über
156 Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Sensibilisierung und Schutz bei
157 Kindeswohlgefährdung und sexualisierter Gewalt, gehören in die Curricula für Jura,
Medizin,
158 Pädagogik und Polizei. Die Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die
159 Anforderungen an die Qualifikation von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu
regeln.
160 Alle zivilgesellschaftlichen und politischen Ebenen und Kräfte müssen den Kampf
gegen
161 sexualisierte Gewalt an Kindern zu einem zentralen Thema machen. Organisationen,
die Kinder
162 betreuen, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Die wichtige Arbeit des
Unabhängigen
163 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine
gesetzliche
164 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern und dabei auch die Zuständigkeiten
der
165 Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs adäquat
verankern. Wir

166 werden bundesweit spezialisierte Fachberatungsstellen systematisch ausbauen sowie
 167 telefonische und Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

168 **Mehr Zeit für Familien**

169 Den Kopf frei haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist
 unser
 170 Ziel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche
 171 Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen
 stellen.
 172 Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der
 Kinderzeit
 173 Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate,
 174 weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die
 Kinderzeit
 175 Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den
 Bezugszeitraum. Sie
 176 kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren
 Kindern kann
 177 zeitweise mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit
 178 Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir unterstützen Eltern dabei,
 179 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen
 Vollzeitkorridor in
 180 eine ausgewogene
 181 Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und
 Teilzeitfallen
 182 zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium
 entscheiden
 183 müssen, darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro
 Kind und
 184 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten
 185 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen
 zusätzlichen
 186 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch
 hier auf 14
 187 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des
 Kindes
 188 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem
 189 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten. Die
 190 Mutterschutzregelungen sollen auch nach einer Totgeburt ab der 20.
 Schwangerschaftswoche
 191 möglich sein.

192 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

193 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) leisten enorm viel und dennoch ist mehr als ein
 194 Drittel von Armut bedroht. Mit der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der
 195 Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern und Jugendlichen steigt auch der
 196 Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur die Hälfte auf den
 197 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es für getrennt
 erziehende
 198 Eltern bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die

- 199 Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen angemessen berücksichtigt. Für
getrennt
200 erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf
einführen. Das
201 Betreuungsmodell soll im Einzelfall am Kindeswohl orientiert gefunden und nicht
schematisch
202 definiert werden. Ob ein wichtiger Abendtermin im Job, ein Beratungsgespräch oder
Arztbesuch
203 – Kinder können und sollten nicht immer dabei sein. Es gilt, familienunterstützende
204 Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder
haushaltsnahe
205 Dienstleistungen. Das ist besonders im Krankheitsfall wichtig, denn Kinder und
Haushalt
206 müssen trotzdem versorgt sein.
- 207 **Absicherung für alle Familienformen**
- 208 Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind
vielfältig
209 und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Dazu gehört auch
ein
210 modernes und liberales Namensrecht. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der
Familie oft
211 Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch
nach
212 Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt*innen
ist es
213 nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der
Weiterentwicklung
214 des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen
Mitverantwortung, die,
215 auch schon vor Zeugung, auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere
Erwachsene neben
216 den leiblichen Eltern übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr
Sicherheit
217 und stärken Mehr-Eltern-Familien und soziale Elternschaft. Zwei-Mütter-Familien sollen
nicht
218 mehr durch das Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das
219 Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in Ehen
zwischen
220 einem Mann und einer Frau automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Das
221 Abstammungsrecht muss zudem die Elternschaft von Menschen mit
Geschlechtseintrag „divers“
222 berücksichtigen. Bei Kinderwunsch sollen alle Paare und alleinstehende Frauen die
223 Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Alle Kinder
224 benötigen einen klaren Rechtsstatus; das Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der
eigenen
225 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden. Verantwortung wird nicht nur da
füreinander
226 übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine
neue

227 Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander
Verantwortung
228 übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

229 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

230 **Mindestlohn anheben**

231 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute
Arbeitsbedingungen. Aber
232 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im
Niedriglohnssektor mit
233 schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind
davon
234 Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den
235 gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss
der
236 Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der
Entwicklung
237 der Tariflöhne zu entsprechen. Die Mindestlohnkommission wollen wir reformieren und
mit
238 diesem Auftrag ausstatten. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und
239 Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag
an den
240 gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte - plus
Flexibilitätsprämie.
241 Fair zahlende Unternehmer*innen dürfen keine Wettbewerbsnachteile erleiden. In
Zeiten von
242 Corona zeigt sich besonders, dass das Kurzarbeitergeld für Beschäftigte mit kleinen
Löhnen
243 zu niedrig ist. Deshalb braucht es ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld.
Ohne
244 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den
vielfachen
245 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung
mittels
246 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz
stärken,
247 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing
und
248 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen durch klare Sanktionen
und
249 verpflichtend zu schaffende Anlaufstellen besser davor schützen.

250 **Vollbeschäftigung schaffen**

251 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter
252 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und
Selbstverwirklichung.
253 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter
erhöhen
254 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt

hinterlässt. Mit
255 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung
sowie
256 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche
Arbeitsmarkt war
257 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche
Lohnsteigerungen für
258 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und
259 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten
Arbeitspolitik
260 entgegenzutreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocken den Niedriglohnsektor
261 mittelfristig aus. Selbständige brauchen gute Rahmenbedingungen und eine bessere
soziale
262 Absicherung. Strukturelle Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen.
Für
263 Menschen, die lange arbeitslos sind, schaffen wir einen dauerhaften sozialen
Arbeitsmarkt,
264 der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.

265 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

266 Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen
267 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie
meistens
268 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und
starke
269 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe
gelten.
270 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die
Unternehmen zum
271 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen
wir auf
272 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für
273 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Tarifflicht
274 darf sich für Unternehmen nicht lohnen. Wir wollen Betriebe verpflichten zu
veröffentlichen,
275 ob sie Tarifvertragspartei sind. Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen
276 Regelungen gelten, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Paritätische
277 Mitbestimmung soll es zukünftig bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000
Beschäftigten
278 geben und wir wollen ein Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen
besonders
279 stark auf die Beschäftigten auswirken. Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen
280 einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten,
die
281 erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die Mitbestimmungsrechte für
Betriebsräte,
282 Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsvertretungen wollen wir ausbauen und
283 modernisieren, unter anderem wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung,
284 Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von
Vielfalt oder

285 die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht. Die stärkere finanzielle
Beteiligung
286 von Mitarbeiter*innen an den Unternehmen,
287 zusätzlich zu Lohn und Gehalt, kann mehr Mitgestaltung bewirken. Der Wandel der
Arbeitswelt,
288 den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam
mit den
289 Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden.

290 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

291 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und
292 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr
Mitsprache bei
293 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu
Hause zu
294 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und
weniger
295 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten
Belastungsprobe
296 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlen oder
Arbeit
297 entgrenzt. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher
erhalten
298 und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf
betriebliche
299 Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starkem Einfluss der
300 Interessenvertretungen versehen. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im
nahe
301 gelegenen Co-Working-Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig
302 stattfinden und mit einem Rückkehrrecht sowie mit ausreichend Zeit an einem
Arbeitsplatz im
303 Unternehmen verbunden sein.

304 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

305 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche
oder
306 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich
selbst
307 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten,
wie
308 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der
309 Automobilbranche vorgeschlagen hat, begrüßen wir, denn sie bieten die Chance,
Arbeit
310 gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten.
Wir
311 wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit
besseren
312 Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller
313 Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen –
gerade um
314 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben

-,
 315 verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe
 eines
 316 flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible
 317 Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. Versuche, das
 318 Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab.
 Die
 319 Arbeitszeit soll künftig dokumentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in
 einem
 320 Urteil entschieden hat. Wir setzen uns für eine bessere Kontrolle existierender
 Regelungen
 321 ein, um Beschäftigte, deren tatsächliche Arbeitszeit regelmäßig über 40 Stunden liegt,
 zu
 322 stärken.

323 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

324 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die
 325 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind
 ein
 326 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In
 einer
 327 Welt, in der häufige Berufswechsel für Viele Normalität sind und man nicht mehr
 automatisch
 328 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und
 329 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es
 eine
 330 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und
 Menschen bei
 331 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen
 damit
 332 vereinfacht werden. Die Förderung des lebensbegleitenden Lernens für Menschen mit
 333 Behinderungen wollen wir ausbauen. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir
 deutlich
 334 erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
 einen
 335 Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss
 sozial
 336 besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen
 337 Arbeitslosenversicherung und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle
 Selbständigen, auch
 338 über die Auswahl zwischen zwei Tarifen. Selbständige sollen damit neben dem
 Anspruch auf
 339 Arbeitslosengeld I auch einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld in besonderen
 Notsituationen wie
 340 beispielsweise während einer Pandemie erhalten. Wir wollen Gründungen aus Phasen
 der
 341 Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise zurückgeworfenen
 342 Berufsanfänger*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den Arbeitsmarkt
 bauen.

343 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

344 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr
345 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden
sogar
346 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten
und
347 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und
348 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue
Formen von
349 Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen online getätigte oder
vermittelte Arbeit
350 regulieren, um dort arbeitenden Menschen den gleichen Schutz zu gewähren wie den
analog
351 Arbeitenden. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem wir bei der
Abgrenzung
352 zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr Rechts- und
353 Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in angibt, einen
Arbeitnehmerstatus zu
354 haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen, dass dem nicht so ist. Unfares
Preis-
355 Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu
unterbinden.
356 Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich künftig leichter
tariflich
357 organisieren können und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche
Honoraruntergrenzen
358 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
359 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir
wollen mit
360 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen
361 Geschäftsbedingungen, mit einem starken Beschäftigtendatenschutz und einem
digitalen
362 Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie und
insgesamt in der
363 digitalen Arbeitswelt sorgen.

364 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen** 365 **Nachbarstaaten**

366 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen
367 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel
Freiheit
368 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen
369 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das
schlaglichtartig
370 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen
vielfach
371 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie
hier
372 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen.
Dafür
373 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit,
ein

374 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische
 Sozialversicherungsnummer, höhere
 375 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, die Abschaffung der
 376 sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, eine bessere Regulierung der
 377 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische
 Arbeitsbehörde.
 378 Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte
 informiert werden
 379 und wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung für
 380 arbeitssuchende EU-Bürger*innen ein.

381 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

382 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

383 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir
 immer
 384 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie sich um
 Kinder
 385 oder Pflegebedürftige kümmern, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie
 Männer,
 386 was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Deswegen
 setzen wir uns
 387 auf europäischer Ebene für eine ambitionierte EU-Richtlinie für Lohngleichheit ein und
 388 werden national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine
 389 Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von
 Frauen
 390 und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu
 berichten. Dieses
 391 Gesetz muss auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei
 strukturellen
 392 Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen
 nicht auf
 393 sich allein gestellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken.
 Deshalb
 394 werden wir Tarifpartner und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf
 395 Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der
 Gehalts- und
 396 Honorarstruktur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor
 allem
 397 von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher,
 insbesondere in
 398 Form besserer Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. Die Vereinbarkeit von
 Familie und
 399 Beruf muss für alle vereinfacht werden.

400 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

401 Um selbstbestimmt leben zu können, ist wirtschaftliche Unabhängigkeit unabdingbar.
 Deshalb
 402 müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden. Frauen
 übernehmen nach wie

403 vor den Großteil der Sorgearbeit, die systemrelevant für unsere Gesellschaft ist. Wir
wollen
404 für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der
Berufswahl bis zur
405 Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen,
wollen wir
406 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für
haushaltsnahe
407 Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen eingeschränkte
408 Berufswahlverhalten wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung erweitern.
Die
409 gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies gelingt
durch
410 eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der
411 Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzuteilen. Wir wollen, dass
die Sorge
412 in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird, und sehen darin eine
413 Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter.
Dafür ist es
414 notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in
der
415 Familie übernehmen. Alleinerziehende dürfen dabei gegenüber Paaren nicht
benachteiligt
416 werden. Von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt Betroffene wollen wir stärken, unter
anderem
417 mit einem Verbandsklagerecht, dem Ausbau entsprechender Rechtsberatung und
durch ein echtes
418 Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt. Damit Eltern
nicht
419 aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, in der Arbeitswelt benachteiligt werden,
420 werden wir notwendige Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen
ergreifen.

421 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

422 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele
Paare
423 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der
Fall
424 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer
Frau,
425 die höchstens dazuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert.
Dieses
426 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende)
und
427 nicht verheiratete Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und
Frauen
428 gleichzeitig nicht wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die
Nachteile zu
429 spüren, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im
Zusammenspiel mit

430 Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ
auf die
431 Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine
432 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der
Lohnsteuer
433 soll die/der heute über Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem
das
434 Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen abgeschafft
wird. So
435 sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt
werden.
436 Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln
veranlagern
437 oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der
438 Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut
betroffen
439 sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

440 **Wir sichern die sozialen Netze**

441 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

442 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
443 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine
444 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das
soziokulturelle
445 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts
großer
446 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für
ein
447 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine
Grundsicherung, die
448 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Das
soziokulturelle
449 Existenzminimum werden wir neu berechnen und dabei die jetzigen Kürzungstricks
beenden. In
450 einem ersten Schritt werden wir den Regelsatz um mindestens 50 Euro und damit
spürbar
451 anheben. Die Leistungen der Garantiesicherung wollen wir schrittweise
individualisieren. Die
452 Anrechnung von Einkommen werden wir deutlich attraktiver gestalten, sodass
zusätzliche
453 Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Jugendliche in
454 leistungsempfangenden Familien sollen ohne Anrechnung Geld verdienen dürfen.
Vermögen werden
455 künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer einfachen Selbstauskunft geprüft. Das
456 Schonvermögen wird angehoben. Wir streben an, die soziale Sicherung schrittweise
weiter zu
457 vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und
ihre
458 Auszahlung in das Steuersystem integrieren. Wir begrüßen und unterstützen
Modellprojekte, um

459 die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen. Durch die
Abschaffung der
460 bürokratischen und entwürdigenden Sanktionen schafft die Garantiesicherung Raum
und Zeit in
461 den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Wir brauchen einen
462 Perspektivenwechsel bei der Arbeitsförderung mit ausreichend Personal, um der
463 Unterschiedlichkeit der langzeitarbeitslosen Menschen gerecht zu werden. Notwendig
sind
464 intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines
Vermittlungsvorrangs in
465 prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. Wichtig ist
466 insbesondere soziale Teilhabe durch einen dauerhaften sozialen und inklusiven
Arbeitsmarkt,
467 der niedrigschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist und von dem die
468 Langzeitarbeitslosen auch aufgrund einer guten Begleitung vielfältig profitieren.

469 Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit
470 Behinderungen

471 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf
Schutz vor
472 Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auf Basis der UN-
473 Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir
Inklusion
474 vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission
begleiten.
475 Leistungen zur Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und
hochschulischer
476 Bildung gewährt sein. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür
477 Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser
unterstützen. Die
478 Selbstvertretungsstrukturen werden wir stärken und absichern. Arbeitgeber*innen, die
479 hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine
höhere
480 Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren

481 werden. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von
Inklusionsunternehmen
482 weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme
von
483 bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige
Beschäftigung
484 mindestens auf Mindestlohniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-
Rechte
485 sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die
486 Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Das Budget für Arbeit

487 werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung
absichern.
488 Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten
ein Budget
489 zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten.

Unser

490 Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren –
kein
491 Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und
Wahlrecht,
492 Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und
ein
493 Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch
sein
494 und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.

495 **Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

496 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und
Mindeststandards EU-
497 weit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die
498 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische
Arbeits- und
499 Sozialstandards essentiell. Wir machen uns für eine europäische
Grundsicherungsrichtlinie
500 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige
501 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in der EU dafür
sorgen,
502 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Das in der Corona-Krise eingeführte
europäische
503 Kurzarbeitsprogramm wollen wir verstetigen. Zur Stabilisierung im Falle von Krisen
setzen
504 wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ein. Wir
wollen
505 die europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in
grenzüberschreitenden
506 Unternehmen weiter absichern durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte
Sanktionen.
507 Unser langfristiges Ziel ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta
verankerten
508 sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen
509 Gerichtshof einklagbar sind.

510 **Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

511 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns
hohe
512 Priorität. Bei einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente
angewiesen
513 und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu
sichern,
514 wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Recht auf Rückkehr in
Vollzeit
515 erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation
älterer
516 Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der
Arbeitgeber*innen

517 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre
 Beschäftigung
 518 muss überwunden werden, denn nur armutsfeste Löhne führen auch zu einer
 auskömmlichen Rente.
 519 Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer
 Bürger*innenversicherung
 520 weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut
 abgesichert
 521 sind. In einem ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung sorgen wir dafür, dass

522 Selbständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen
 523 Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche
 Rentenversicherung
 524 aufgenommen werden. Dabei werden bereits bestehende private
 Altersvorsorgeformen sowie
 525 Altersgrenzen berücksichtigt. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die
 Grundrente
 526 reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr
 Menschen
 527 als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir führen darüber hinaus eine von
 den
 528 Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der
 529 vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine
 530 auskömmliche Rente erhalten. Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir
 wollen
 531 es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente
 gehen
 532 wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.

533 **Ein Bürger*innenfonds für die Rente**

534 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die
 Riester-
 535 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat
 536 gravierende Schwächen. Die Produkte sind teuer und undurchschaubar und haben
 zum Teil eine
 537 geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel sind sie oft nur für die
 538 Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Deswegen haben bei
 weitem
 539 nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch
 einen
 540 öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung
 der
 541 privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere
 Einkommen
 542 fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von
 ihnen
 543 gewünscht, Bestandsschutz. Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für
 die
 544 Wirtschaft
 545 bereitstellen. In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen.
 So

546 wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit
streut
547 und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und
politisch
548 unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien. Er
investiert
549 langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. So bietet er

550 das Potenzial einer guten Rendite. Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche
551 Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den
552 Bürger*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen
einfacher zu
553 machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine
Beitragsgarantie
554 für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine
bessere
555 Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen,
dass
556 Selbständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben
wie abhängig
557 Beschäftigte.

558 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

559 **Vorsorge als Leitprinzip**

560 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung von der Kindheit bis ins hohe
Alter
561 sicherstellen – aber gute Gesundheitspolitik umfasst mehr. Wer in der Fleischindustrie
unter
562 prekären Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an einer
vielbefahrenen
563 Straße wohnt oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer
schützen, hat
564 eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur
565 Gesundheitsversorgung. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die
vorsorgt,
566 die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und
vorausschauend
567 handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch
gemeinsame
568 Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung
Krankheitsursachen und
569 der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden.
Prävention,
570 Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als
571 Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.

572 **Für Pandemien gewappnet sein**

573 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien
besser

574 gewappnet sein muss. Deshalb stoßen wir eine umfassende Analyse des
Pandemiemanagements an.
575 Spätestens jetzt ist der Moment, längst überfälligen Wandel einzuleiten, beispielsweise
die
576 Krankenhaus- und Notfallversorgung zu reformieren und die Digitalisierung,
insbesondere in
577 den Gesundheitsämtern, beherzt voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv
und
578 nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien im
579 Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und soll ein
unabhängiger
580 und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet werden. Getroffene Maßnahmen
müssen
581 evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Mit einer klaren Kommunikationsstrategie
sollen den
582 Bürger*innen Datengrundlagen, Entscheidungsgründe und -wege transparent gemacht
werden. Wir
583 investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten, Impfstoffen
oder der
584 Entwicklung neuer Testverfahren. Dort, wo es keine ausreichenden Anreize für die
585 Therapieentwicklung gibt, wie zum Beispiel bei Antibiotika oder antiviralen
Medikamenten,
586 schaffen wir alternative Anreizsysteme. Auch die Produktion von Medikamenten und
587 Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die
Versorgung,
588 zum Beispiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt
werden.
589 Die Universitätsmedizin werden wir angesichts ihrer wichtigen Rolle in der
590 Pandemiebekämpfung weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung
bei Daten
591 und Digitalisierung bis zur Versorgung per Telemedizin im ländlichen Raum. Auf
europäischer
592 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die
gemeinsame
593 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches
594 Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten. Daher
setzen wir
595 uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und

596 privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll. Das Europäische Zentrum für
die
597 Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir stärken und uns für eine engere
598 Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

599 **Gesundheitsämter stärken**

600 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere
601 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und
Menschen ein
602 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch der mobilen Zahnärzt*innen in der Schule
oder die
603 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert

erreicht,
604 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im
605 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsdiensten der Länder und Kommunen,
Strukturen der
606 öffentlichen Gesundheitsfürsorge an Universitäten und Hochschulen und einem neu zu
607 schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam eine starke Säule der
öffentlichen
608 Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll gemeinsame, langfristige
Gesundheitsziele
609 entwickeln, zur Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens berichten, die Qualität und
610 Koordination der Gesundheitsdienste sichern und als zentrales Public-Health-Organ
durch die
611 Bündelung bestehender Strukturen des Bundes zur Verbesserung der
Gesundheitsversorgung
612 beitragen. Bisher sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und
unterbesetzt, die
613 personelle und technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen
deshalb,
614 dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass die Mittel für den Öffentlichen
615 Gesundheitsdienst schrittweise auf mindestens 1 Prozent der Gesundheitsausgaben
angehoben
616 werden,
617 sodass er seine Aufgaben des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung
dauerhaft
618 wahrnehmen kann. Die Gesundheitsdienste wollen wir stärker in die
Gesundheitsförderung und
619 Prävention in den Lebenswelten vor Ort einbinden. Die Mitarbeiter*innen im
Öffentlichen
620 Gesundheitsdienst, insbesondere Amtsärzt*innen, müssen vergleichbar zu anderen
621 Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen bezahlt werden. Auch pflegerische
622 Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health
Nurses oder
623 in der Schulgesundheitspflege.

624 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

625 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und
verlässlich
626 versorgt werden. Viele niedergelassene Ärzt*innen, Hebammen,
Heilmittelerbringer*innen und
627 andere medizinische Fachkräfte arbeiten jeden Tag hart daran, diese Versorgung zu
628 ermöglichen. Doch wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist,
die
629 Kinderstationen Patient*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land
schließen
630 müssen, weil ein*e Nachfolger*in fehlt, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung.
Wir
631 wollen die Primärversorgung durch Hausärzt*innen und weitere Gesundheitsberufe
weiter
632 stärken. Um die Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, wollen wir, dass
ambulante und

633 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale
634 Versorgungsverbünde mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden.
Perspektivisch
635 soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre
Leistungen geben.
636 Außerdem heben wir die strikte Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM
und GOÄ auf.
637 Auch die zahnmedizinische Regelversorgung in der GKV muss regelmäßig an den
aktuellen Stand
638 der Wissenschaft angepasst werden. Gleichzeitig wollen wir die interdisziplinäre
639 Zusammenarbeit
640 zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die Versorgung muss von den
Patient*innen aus
641 gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von
gemeinwohlorientierten
642 regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter
643 gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die
Aufgabenverteilung im
644 Gesundheitswesen werden wir so reformieren, dass nichtärztliche Gesundheits- und
645 Pflegeberufe mehr Tätigkeiten sowie die Verordnung von Hilfsmitteln und pflegenahen
646 Produkten eigenverantwortlich übernehmen können. Bei nachgewiesener Qualifikation
wollen wir
647 den Direktzugang für Therapeut*innen. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung
von
648 Therapieberufen müssen dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen
angepasst, das
649 Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden. Die Ausbildung in den
650 Therapieberufen muss in regulären Studiengängen möglich sein.

651 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

652 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche
653 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu
Fehlanreizen
654 zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals
geführt.
655 Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen
656 Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der
Bund soll
657 die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die
Krankenhausplanung zu
658 definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich
rentiert
659 oder was sich Träger noch leisten können, sondern muss sich danach richten, was
nötig ist.
660 Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen
eigenen
661 Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der
Trend hin
662 zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote
muss ein
663 Ende haben. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern

auch

664 nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues
665 Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet,
sodass
666 Entscheidungen danach getroffen werden, was das Beste für Patient*innen und
Beschäftigte ist
667 – und eine bürokratiearme Kostenkontrolle dem nicht zuwiderläuft. Vorgaben zur
668 Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sichern eine qualitativ
hochwertige
669 und bedarfsgerechte Versorgung. Die seit Jahren zunehmende Lücke in der staatlichen
670 Investitionsfinanzierung wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund
und Länder
671 schließen. Organspende rettet Leben. Wir wollen die Strukturen bei der Organisation
und
672 Qualität der Organspende in den Kliniken und des Transplantationsregisters weiter
673 verbessern.

674 **Notfallversorgung reformieren**

675 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann
wird
676 es häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss
sich
677 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute
umfassender
678 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im
Gesetz
679 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen
680 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt,
wo
681 Menschen anrufen, sondern sie nach einer standardisierten Notrufabfrage immer die
passende
682 Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen
683 verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion übernehmen. An
zentralen
684 Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang
getrennten
685 ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung
erfolgen. Gerade
686 nachts und am Wochenende sollen diese personell so unterstützt werden, dass
Patient*innen in
687 weniger ernstesten Situationen auch ambulant gut versorgt werden können. Durch
eigene Budgets
688 für die Notfall- und Intensivmedizin sowie einheitliche Stufen und Vorgaben zur
689 Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf
dem
690 Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

691 **Versorgung psychisch Erkrankter verbessern**

692 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen
stellen,
693 denn seelische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität, soziale Teilhabe und

körperliche
694 Gesundheit und mehr als nur Abwesenheit psychischer Krankheiten. Es ist nicht
zumutbar, dass
695 viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten
müssen.
696 Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen,
damit
697 das Leid sich nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz,
muss
698 vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit
ambulanten und
699 stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel auch für
700 Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir wollen ambulante
701 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen
schaffen. Es
702 braucht eine gemeindenahe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte,

703 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der
Versorgung von
704 Kindern und Jugendlichen, von LSBTIQ*, geflüchteten und traumatisierten Menschen
sowie von
705 Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt werden. Behandlungen unter
Zwang
706 müssen auf ein unumgängliches Mindestmaß reduziert werden. Dafür braucht es eine
707 systematische Dokumentation und die konsequente Patient*innenorientierung des
708 therapeutischen Angebots. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer
Behandlung
709 müssen flexibler werden und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine
miteinander
710 abgestimmte Behandlung übernehmen können. Bei der unzureichenden
711 Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, unter anderem
damit
712 angehende
713 Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.

714 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

715 Eine gute Geburtshilfe stellt das Wohl von Gebärenden und Kindern in den Mittelpunkt.
Um den
716 notwendigen Kulturwandel zu schaffen, sollen Hebammen und andere Akteur*innen
bei einem
717 Geburtshilfegipfel Qualitätsstandards, orientiert an dem Gesundheitsziel „Gesundheit
rund um
718 die Geburt“, entwickeln. Dazu gehören neben der 1:1-Betreuung die Wahlfreiheit des
719 Geburtsortes, die Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, die Sensibilisierung für
Gewalt in
720 der Geburtshilfe und die Etablierung eines Betreuungsbogens vor, während und nach
der
721 Geburt. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Hebammenberuf zu
stärken, sind
722 außerdem eine Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe, die Aufnahme der
723 Rufbereitschaftspauschale in den Katalog der Kassenleistungen, der erleichterte

724 nachträgliche akademische Titelerwerb für ausgebildete Hebammen. und der Ausbau
725 hebammengeführter Kreißsäle und Geburtshäuser nötig. Finanzielle Fehlanreize für
einen
726 medizinisch nicht notwendigen Kaiserschnitt darf es nicht geben. Wir wollen das
727 Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Geschlechtsspezifische Aspekte in
Forschung
728 und Ausbildung und in der medizinischen Praxis werden nicht ausreichend
berücksichtigt, etwa
729 bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen wie auch
von Trans*-
730 und Inter*-Menschen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege
sowie
731 Frauengesundheit muss sichergestellt, in der medizinischen und pflegerischen Praxis
732 umgesetzt und in der Ausbildung verankert werden. Damit einhergehend muss
gezielter in die
733 Forschung und Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter
investiert
734 werden. Mit Hilfe einer paritätischen Frauenquote für Führungspositionen im
Gesundheitswesen
735 und durch bessere Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien
unseres
736 Gesundheitswesens.

737 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

738 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise
erhalten
739 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten
Gesundheitsleistungen,
740 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb
wollen
741 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen,
die
742 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische
743 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben
zur
744 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das
745 Gesundheitswesen muss insgesamt inklusiv ausgestaltet werden, unter anderem auch
in der Aus-
746 und Fortbildung des Personals. Auch für LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie
747 Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den Anspruch auf
medizinische
748 Maßnahmen für Trans*- und Inter*-Menschen gesetzlich verankern. Die bestehenden
Lücken beim
749 Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden wir schließen. Wir wollen die
750 Aufklärungsarbeit über HIV und aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten
bei
751 Ärzt*innen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigen, um
Stigmatisierung
752 vorzubeugen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen

ohne
753 Krankenversicherungsschutz oder Wohnungslose und unabhängig vom
Aufenthaltsstatus
754 gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen und Menschen, die ohne
Papiere in
755 Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der
Mitteilungs-
756 und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von
757 Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. Damit Sprache keine
unüberwindbare Hürde
758 darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V
schaffen. Die
759 erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir
760 zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im
Verfahren wieder
761 ermöglichen.

762 **Auf dem Weg zur Bürger*innenversicherung für Gesundheit und Pflege**

763 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen und viele privat
764 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-
Klassen-
765 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch
finanzierte
766 Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung
bekommt, die
767 er oder sie braucht. Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Weichen stellen.
Mit
768 der Bürger*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines
leistungsstarken
769 Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger
770 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische
Lastenteilung
771 sorgen. Auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete
beteiligen sich
772 mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen. Die Beiträge
sollen auf
773 alle
774 Einkommensarten erhoben werden, zum Beispiel neben Löhnen und Gehältern auch
auf
775 Kapitaleinkommen. Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum
Beispiel bei
776 der Erstattung von Brillen. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich
versicherter
777 Beamt*innen durch einen beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich
nur
778 den Basistarif leisten können, besser absichern. Für gesetzlich Versicherte mit
779 Beitragsschulden wollen wir die vollwertige Rückkehr in die Krankenkasse erleichtern
und wir
780 wollen die Absicherung von gering verdienenden Selbständigen in der
Krankenversicherung
781 verbessern, um sie nicht durch zu hohe Beiträge finanziell zu überfordern.

782 Patient*innenrechte stärken

783 Für uns stehen die Bedürfnisse der Patient*innen und Pflegebedürftigen und der
Nutzen für
784 sie im Mittelpunkt. Sie sollen von Zuschauer*innen zu Beteiligten in unserem
785 Gesundheitswesen werden. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Patient*innen- und
786 Versichertenvertretung in den Gremien des Gesundheitswesens ausbauen,
insbesondere auch
787 durch ein eigenes unparteiisches Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, größere
788 Beteiligungs- und Informationsrechte und eine Reform der Sozialwahlen. Patient*innen
sollen
789 selbstbestimmt und auf informierter Grundlage Entscheidungen treffen und bei
Problemen ihre
790 Rechte wirksam und zeitnah durchsetzen können, etwa gegenüber ihrer Krankenkasse.
Wir wollen
791 mehr Qualitätstransparenz im Gesundheitswesen und setzen uns für die Gründung
einer von den
792 Patient*innen- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung ein, die der
Unabhängigen
793 Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt. Die
794 Patient*innensicherheit wollen wir voranbringen. Opfer von Behandlungsfehlern
müssen
795 leichter
796 Entschädigungen erhalten und Strukturen zur Fehlervermeidung flächendeckend
eingeführt
797 werden.

798 Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung

799 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der
Pflege,
800 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem
801 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen
Impfpass,
802 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder
die
803 neuesten Blutwerte zugreifen können. Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir
mit
804 allen Nutzer*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung
entwickeln.
805 Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die elektronische Patientenakte
806 weiterentwickelt werden und für alle Patient*innen einfach zugänglich und
verständlich sein;
807 eine Informationskampagne soll Patient*innen auch unabhängig von sozialer Lage
oder
808 digitaler Gesundheitskompetenz erreichen. Dabei sind unter anderem
809 Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen
anonymisiert und wo
810 nötig pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, um die
811 Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten
erfolgt dabei

812 nicht gegen den Willen der Patient*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das
813 Patient*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit
gewahrt
814 bleiben. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen barrierefrei und
sicher
815 zugänglich sein. Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die
Ergebnisse,
816 die aus weitergegebenen Gesundheitsdaten gewonnen werden, sollen der
Allgemeinheit nach dem
817 Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten
digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an
818 Datenschutz und
Datensicherheit genügen. Wir setzen uns für eine unabhängige Nutzenbewertung von
819 digitalen
Gesundheitsanwendungen ein. Den Ausbau digitaler Infrastruktur und technischer
820 Assistenzsysteme in der Pflege wollen wir unterstützen. Um Sicherheit und
Interoperabilität
821 zu gewährleisten und so zum Beispiel auch den administrativen Aufwand für
medizinisches und
822 pflegerisches Personal zu verringern, sollen Hersteller von Medizinprodukten und
Software
823 offene Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden
(Schnittstellen-)Standards
824 orientieren.
825

826
827 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**
828 Dem Gesundheitswesen kommt bei der Bewältigung der Klimakrise eine besondere
Bedeutung zu,
829 etwa
830 durch die Anpassung an ein verändertes Krankheitsspektrum und an vermehrte
Extremwetterlagen
831 wie Hitzewellen. Unter diesen leiden heute schon vor allem ältere und
armutsgefährdete
832 Menschen, auch Allergien und Erkrankungen beispielsweise der Haut treten vermehrt
auf. Das
833 ist eine Herausforderung für das Gesundheitswesen, der wir durch mehr Vorsorge, eine
bessere
834 Notfallversorgung, verstärkte Hilfen für besonders verletzte Menschen wie etwa
chronisch
835 Kranke begegnen wollen. Wir werden außerdem einen Sonderfonds zur Umsetzung
von
836 Hitzeaktionsplänen schaffen. Gleichzeitig muss auch das Gesundheitswesen dazu
beitragen,
837 CO₂-Emissionen zu verringern. Investitionen zum Beispiel in grüne Krankenhäuser und
838 Gesundheitszentren werden wir unterstützen. Umwelt- und Klimaschutz sollen auch
bei der
839 Produktion von Arzneimitteln stärker beachtet und ein Qualitätsmerkmal bei Verträgen
der
840 Krankenkassen werden. Die Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheit kann so zu

841 einem Motor
842 der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit werden.

842 **Ambulante Pflege stärken**

843 Wer pflegebedürftig ist, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein
844 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden
845 Gesellschaft
846 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische
847 Angebote, die auf die individuellen Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der
848 Pflegebedürftigen eingehen. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante
849 Wohn- und
850 Pflegeformen nötig, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und
851 Verhinderungspflege oder
852 Pflege-Wohngemeinschaften – eingebettet in ein Umfeld, das Menschen im Alter oder
853 bei
854 Assistenzbedarf dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
855 Gerade im
856 ländlichen Raum können Community Health Nurses wie früher die
857 Gemeindegewerkschaften eine große
858 Stütze sein. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher. Dafür wollen wir die
859 rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen
860 ermöglichen,
861 eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor
862 Ort zu
863 gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen
864 bereitstellen, die
865 sich hier auf den Weg machen. Leistungen der Pflegeversicherung sollen
866 bedarfsgerecht,
867 wohnformunabhängig und als persönliches Budget verfügbar sein. Jemanden zu
868 pflegen verdient
869 unsere Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir
870 Menschen, die
871 Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit
872 der Pflegezeit
873 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine
874 Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die
875 pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

863 **Eine doppelte Pflegegarantie**

864 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld
865 für ihre
866 Versorgung aufbringen. Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen die für sie
867 notwendigen
868 Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten
869 Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So
870 garantieren wir, dass die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden.
871 Die
872 Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine
873 bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen
874 Pflege-
875 Bürger*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit

- einkommensabhängigen
 872 Beitragen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.
- 873 **Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Gesundheitsversorgung**
 874 **verbessern**
- 875 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen,
 die im
 876 Alter, aufgrund einer Behinderung oder bei Krankheit Unterstützung brauchen,
 wünschen sich
 877 zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können.
 878 Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre
 Belastungsgrenzen
 879 hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische
 Überforderung sind
 880 Alltag, nicht nur in Pandemiezeiten. Darunter leiden alle, Patient*innen wie Pflegende.
 881 Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Dafür braucht es nicht nur mehr
 Lohn,
 882 Arbeitsschutz und Anerkennung – sondern vor allem mehr Kolleg*innen und mehr Zeit.
 Wir
 883 wollen durch verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der
 Langzeitpflege –,
 884 die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von
 885 Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer
 Arbeitszeitmodelle,
 886 etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich,
 Arbeitsbedingungen
 887 schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der
 Pflege
 888 arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir
 889 beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen
 und
 890 pflegerischen Bereich einzudämmen. Für potenziell traumatisierende Ereignisse
 braucht es
 891 eine Stärkung der psychosozialen Unterstützung für alle Gesundheitsberufe.
 Wertschätzung
 892 braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen
 die
 893 soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten,
 die nach
 894 Tarif bezahlen. Um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern, wollen wir
 895 Ausbildung, Selbstorganisation, Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und
 ihre
 896 Strukturen auf Bundesebene stärken, beispielsweise durch eine Bundespflegekammer
 und vor
 897 allem durch starke Mitspracherechte im Gemeinsamen Bundesausschuss und in
 anderen
 898 Entscheidungsgremien. Das Studium der Pflegewissenschaften und der
 Pflegepädagogik sowie
 899 Forschung in der Pflege wollen wir finanziell und strukturell unterstützen. Für die Arbeit

900 von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften wollen wir einen
gesetzlichen Rahmen
901 entwickeln, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und
Carebeschäftigte)
902 definiert.

903 **Palliative und hospizliche Versorgung ausbauen, selbstbestimmtes** 904 **Sterben regeln**

905 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Patient*innen und deren
Angehörige
906 müssen ausführlich über Krankheit und Behandlungsoptionen aufgeklärt werden,
sodass
907 Entscheidungen getroffen werden können, mit denen sie sich wohlfühlen. Hierfür
wollen wir
908 bundesweite Aufklärungsprogramme zu Patient*innenverfügungen und
Vorsorgevollmachten
909 anstoßen. Eine bedarfsgerechte Palliativversorgung von Schwerstkranken und
Sterbenden jeden
910 Alters muss überall gewährleistet sein. Wir werden die stationären Hospize und
ambulanten
911 SAPV- und Kinder-SAPV-Teams stärken und ausbauen. Die Wahrung der
Selbstbestimmung bis ans
912 Lebensende schließt selbstbestimmtes Sterben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass der
913 Bundestag entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in freier
Abstimmung
914 den mit einem Schutzkonzept verbundenen Zugang zur Sterbehilfe regelt.

915 **Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik**

916 Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits- und Jugendschutz
sowie die
917 Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt.
Grüne
918 Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und
919 Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem
Schwarzmarkt
920 existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und
keine
921 Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den
tatsächlichen
922 gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen
Modellprojekte
923 durchzuführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und
niedrigschwellige
924 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende
925 Sozialarbeit, Substanzenanalysen (Drug Checking), Substitutions- und
Diamorphinprogramme (auch
926 in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in
ambulante
927 und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt*innen
und
928 Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und

digitalen

- 929 Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak.
Den
- 930 Nichtraucherenschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das
derzeitige
- 931 Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem
932 Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der
Grundlage
- 933 eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von
Cannabis in
- 934 lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am
935 Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir
verbessern
- 936 und die Forschung dazu unterstützen.

937 **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

938 **Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

- 939 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht.
Aber es wird
- 940 immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und
Immobilienpreise
- 941 steigen vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in
942 Einkommensstadtteile auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte
brauchen eine
- 943 Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es
zu
- 944 handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen,
ältere
- 945 Menschen oder Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und
sicher
- 946 wohnen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. In
Deutschland
- 947 sind derzeit – nach Schätzungen – etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von
ihnen leben
- 948 ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien.
Um diesen
- 949 Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und
Bewältigung
- 950 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen. Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein
zentraler
- 951 Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für
Hilfe
- 952 „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte
würdevolle
- 953 Unterbringung sein. Zudem werden wir einen Wohn- und Mietengipfel einberufen, der
einen
- 954 echten Dialog auf Augenhöhe zwischen den Mieter*innen-Vertretungen, der
Wohnungswirtschaft
- 955 sowie Bund, Ländern und Kommunen schafft und gemeinsam neue, zukunftsfähige wie

soziale

956 Konzepte erarbeitet.

957 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

958 Wir wollen Mieter*innen und Familien wie Lebensgemeinschaften mit selbstgenutztem
959 Wohneigentum entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung
bewahren.

960 Die Möglichkeit, die Miete oder Kreditrate nachzuzahlen, soll Kündigungen und
961 Zwangsräumungen abwenden. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben.

Wir wollen

962 kostenfreie Mieter*innenberatungen und die Schuldner*innenberatung in den
Kommunen ausbauen.

963 Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-
Wohnen-

964 Programm“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter*innen und Kreditnehmer*innen
965 sicherstellen. Vermieter*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten
dann

966 eine staatliche Unterstützung erhalten.

967 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

968 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht und
öffentlich,

969 sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere

970 Sozialwohnungen verloren – rund 100 jeden Tag. Wir werden deshalb die Mittel für den

971 sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir
werden die

972 Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und
gemeinwohlorientierten

973 Baugenossenschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu werden wir mit einer
neuen

974 Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen, sicher und
auf

975 Dauer. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private

976 Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer

977 dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn
Jahren den

978 Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen. Zudem wollen wir Kommunen
ermöglichen,

979 mehr sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen festsetzen zu können.

980 **Starke Mieter*innen, faire Mieten**

981 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre
Wohnung aus,

982 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und

983 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Es wird ein bundeseinheitliches

984 Gesamtkonzept benötigt, das in einem Bundesgesetz gewährleistet, dass
Mietobergrenzen im

985 Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich
nachgeschärft

986 wird. Unnötige Ausnahmen, beispielsweise beim möblierten Wohnen, schaffen wir ab.
Reguläre
987 Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt
werden.
988 Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher
ausgestalten.
989 Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre herangezogen werden.
Wir streben
990 an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro
991 Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch
warmmietenneutral
992 möglich sind. Innerhalb eines solchen Gesamtkonzepts soll es im BGB ermöglicht
werden, in
993 Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt landesgesetzliche Regelungen
dann zu treffen,
994 wenn sie mindestens den Vorgaben des Gesamtkonzepts entsprechen. Dies muss
995 selbstverständlich verfassungsfest geschehen. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer
auf
996 Mieter*innen schaffen wir ab. Außerdem setzen wir auch auf flächensparendes
Wohnen, damit
997 der bestehende Wohnraum besser genutzt wird. So wollen wir es beispielsweise
Mieter*innen
998 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das
999 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind
weitere
1000 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines
Ertragswerts, der
1001 bezahlbare Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Mietwucher
muss –
1002 nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.
Eigenbedarfskündigungen
1003 sollen zudem deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die
Eigentümer*innen
1004 und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden. Wir
prüfen,
1005 inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders
schutzwürdigen
1006 Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschließen. Um die
Gemeinschaften der
1007 Mieter*innen zu stärken und die Gemeinwohlorientierung auf dem Wohnungsmarkt
umzusetzen,
1008 wollen wir echte Mitbestimmungsrechte und -instrumente entwickeln.

1009 **Immobilienpekulation und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

1010 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für
Spekulant*innen
1011 sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden.
Wir
1012 planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einzuführen,
die
1013 Grundbücher auch für Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und die

Bewohner*innen
 1014 der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu
 verbieten.
 1015 Außerdem wollen wir den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur
 Steuerumgehung beenden
 1016 und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei
 Unternehmensverkäufen.
 1017 Veräußerungsgewinne aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen
 besteuert werden.
 1018 Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große
 Wohnungsnot
 1019 herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen, Grundstücke zu
 bebauen,
 1020 statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen
 Leerstand
 1021 von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen zudem im Baugesetzbuch
 die
 1022 Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.

1023 **Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

1024 Grund und Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil sie prinzipiell nicht
 vermehrbar
 1025 und gleichzeitig unverzichtbar sind. Steigende Preise von Grund und Boden haben
 steigende
 1026 Bau- und Wohnkosten zur Folge, was wiederum zu Verdrängung führt. Bei
 Fehlentwicklungen
 1027 ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen. Wir wollen
 1028 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische und gerechte
 Bodenpolitik
 1029 betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen,
 1030 sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum,
 kulturellen,
 1031 sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen fördern. Dafür wollen wir die
 1032 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds
 umwandeln. Der Fonds
 1033 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger.
 Die
 1034 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen
 dauerhaft sichern
 1035 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale
 Wohnungsgesellschaften ein
 1036 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt,
 sondern
 1037 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

1038 **Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

1039 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Wunsch, der wegen explodierender
 Immobilienpreise in
 1040 den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen den
 Erwerb von
 1041 Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „Wer den

Makler
1042 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für
1043 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich
zu
1044 reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt.
Dazu
1045 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen,
den
1046 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen
zu erhöhen
1047 und für Selbstnutzende zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes
Wohneigentum über
1048 die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung
leerstehender
1049 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen
an
1050 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen,
beispielsweise im
1051 Rahmen des Mietshäusersyndikats und anderer gemeinschaftlicher Projekte, wollen
wir
1052 unterstützen, zum
1053 Beispiel indem wir unbürokratisch günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

1054 Ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen vorantreiben

1055 Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu
ressourcenschonendem
1056 und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind
künftig der
1057 gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau
umfassend zu
1058 berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle
Baumaßnahmen
1059 werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist
eine
1060 komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung. Dafür setzen wir auf eine
Veränderung
1061 der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und
verbindliche
1062 Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen
sowie eine
1063 nachhaltige Holzbaustrategie, damit künftig energie- und ressourcenschonend und
giftfrei
1064 gebaut wird. Die öffentliche Hand muss bei alldem ihrer Vorbildfunktion gerecht
werden. Die
1065 Forschung an und Markteinführung von nachhaltigen, klimafreundlichen
Baumaterialien wollen
1066 wir stärken. Holz ist dabei ein wertvoller Rohstoff, seinen gezielten und effizienten
1067 Einsatz behalten wir im Blick, damit unsere Häuser nachhaltig, aber zugleich unsere
Wälder
1068 nicht übernutzt werden. Wir fördern außerdem die Digitalisierung von Planen und
Bauen. Um

1069 Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, führen wir
 einen
 1070 digitalen Gebäude-Materialpass mit allen relevanten Informationen über die
 verwendeten
 1071 Materialien ein – unsere Gebäude und Bauschuttdeponien werden so zu
 Rohstoffminen. Die
 1072 Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale
 Rolle beim
 1073 Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen
 realisieren wir
 1074 den Vorrang der Innenentwicklung und flächensparendes Bauen. Nicht mehr benötigte
 1075 versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit
 gebaut,
 1076 Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen
 ortsnah durch
 1077 Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft
 ein, die
 1078 letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Wir setzen uns ferner dafür
 ein,
 1079 dass § 13 b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

1080 **Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte**

1081 **Regionale Daseinsvorsorge stärken**

1082 Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben in allen Regionen brauchen wir eine
 Gleichwertigkeit
 1083 der Lebensverhältnisse. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie
 sich
 1084 von Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort werden in einer Kommune
 die
 1085 Schwimmbäder geschlossen und vielerorts ist das Internet noch viel zu langsam.
 Unser Ziel
 1086 ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches
 1087 Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den
 Zugang zu
 1088 öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue
 Gemeinschaftsaufgabe
 1089 „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit
 großen
 1090 Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten
 können. Ziel
 1091 ist, anhand von regionalen Indikatoren in den Bundesländern Förderregionen
 auszuwählen und
 1092 die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets
 geben wir
 1093 Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte
 selbstbestimmt
 1094 zu entwickeln und zu gestalten. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit,
 Mobilität
 1095 und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und
 1096 solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit,

Orte des
1097 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann
1098 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, der Jugendclub oder der Skatepark, die
1099 Stadtteilbibliothek, der Kulturbahnhof oder die freie Bewegungsfläche. Wir erarbeiten
1100 gemeinsam mit Expert*innen und Bürger*innen eine nationale Strategie gegen
Einsamkeit. Und
1101 wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des
1102 Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland
und der
1103 gezielten Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten werden wir in strukturschwachen
Regionen
1104 wichtige Impulse setzen. Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines
1105 „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

1106 **Solide Finanzausstattung für Kommunen**

1107 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche
Daseinsvorsorge
1108 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht
einmal
1109 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von
Gemeindestraßen oder
1110 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise
finanzschwach oder
1111 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die
Menschen
1112 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für sogenannte freiwillige Leistungen wie
1113 Sport- oder Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen
auf das
1114 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir
wollen die
1115 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Wenn Bund und Länder den
Kommunen neue
1116 Aufgaben zuweisen, müssen sie auch eine Finanzierung bereitstellen. Wir werden eine
faire
1117 Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen
krisenbedingten
1118 Steuerausfällen umsetzen, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine
Perspektive zu
1119 geben. Für ihr Schuldenmanagement sollen die Kommunen auf die Unterstützung des
Bundes
1120 zurückgreifen können, sofern sie dies wünschen. Wir wollen daher, dass für 2021 und
2022 die
1121 Gewerbesteuer ausfälle vollständig durch Bund und Länder übernommen werden.
Außerdem wollen
1122 wir eine Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geduldete. Wir wollen
mehr
1123 kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die
Verkehrswende,
1124 Gründungsinfrastruktur und Kultureinrichtungen. Dafür soll in einem ersten Schritt der
1125 Zugang zu Fördermitteln einfacher und unbürokratischer werden und sollen die
Hürden für die

1126 Teilnahme besonders für finanzschwache Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass
Bund und
1127 Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik
und
1128 Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Umsetzung von Projekten
ermöglichen.
1129 Es braucht mittelfristig aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung der
Kommunen:
1130 weg von immer mehr einzelnen Förderprogrammen, hin zu einer höheren
Grundfinanzierung, damit
1131 vor Ort entschieden werden kann, welche Ausgaben priorisiert werden.

1132 **Innenstädte neu gestalten**

1133 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere
Menschen
1134 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch
und
1135 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Mit einer guten Baukultur wollen wir
1136 Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver und auch für alle Menschen
sicherer
1137 machen durch neues Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur. Eine kluge
Stadtentwicklungspolitik,
1138 nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten
Voraussetzungen,
1139 dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen
wir die
1140 Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und
Wasserflächen,
1141 damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit
zusätzlichen
1142 Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler
1143 Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel
attraktive
1144 Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an. Eine
Million
1145 neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in unseren Städten
entstehen. Mit
1146 dem „100.000 Dächer und Häuser“-Programm investieren wir in den Dachausbau und
die
1147 Modernisierung leerstehender Wohnungen. Dafür braucht es ausreichend Planer*innen
in den
1148 Kommunen und Kapazitäten im Baugewerbe. Kleineren Gewerben wie
Handwerksbetrieben, sozialen
1149 und Kulturprojekten sowie Clubs wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über die
1150 Baunutzungsverordnung eine zentrale Lage in den Städten bewahren und neu
ermöglichen.
1151 Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an gemeinnützige, öffentliche
oder am
1152 Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

1153 **Ländlich leben, digital arbeiten**

1154 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer*innen, Familien oder
 1155 Freischaffende – alle brauchen schnelles und zuverlässiges Internet für ihr Leben. Eine
 1156 ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge.
 Das
 1157 Recht darauf muss jede*r Bürger*in schnell und unbürokratisch durchsetzen können.
 Wir
 1158 schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und Alt. Über die
 Gemeinschaftsaufgabe
 1159 für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für alle
 1160 Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und
 1161 genossenschaftliche Wohnformen. Wir schaffen Anreize für die Revitalisierung alter
 1162 Bausubstanzen statt für Neubauten auf der grünen Wiese und unterstützen
 Programme und
 1163 Initiativen zur Umnutzung von Leerstand, beispielsweise für Co-Working-Spaces,
 soziale und
 1164 kulturelle Einrichtungen oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in
 kleinen
 1165 Ortschaften. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume zu
 einladenden
 1166 Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit verknüpfen
 wir die
 1167 Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu Markttreffs:
 wenn zum
 1168 Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und Postfiliale
 1169 integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche
 Einrichtungen,
 1170 Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach eines
 1171 Kulturzentrums zusammenfassen.

1172 **Schnelles Internet überall**

1173 Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten, innovative Wirtschaft oder Unterricht –
 1174 schnelles Internet ist die essentielle Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie
 1175 gleichwertige Lebensverhältnisse und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge.
 Mit
 1176 weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaseranschlüssen ist Deutschland aber in allen
 1177 europäischen und internationalen Vergleichen weit abgehängt. Dabei gehört Glasfaser
 die
 1178 Zukunft. Unser Ziel ist schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet
 1179 (FTTB) in jedem Haus. Wir sorgen dafür, dass Fördergelder unbürokratisch dort
 ankommen, wo
 1180 sie am nötigsten gebraucht werden. Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender
 Glasfaser
 1181 und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Der umfassende
 Glasfaserausbau soll
 1182 auch im Rahmen von Betreibermodellen vorangetrieben und langfristig gesichert
 werden. Um den
 1183 Menschen auch kurzfristig schnellere Internetzugänge zu ermöglichen, wollen wir
 einen
 1184 Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung so ausgestalten, dass er

unbürokratisch
1185 und leicht durchsetzbar wird. Mit Mindestbandbreiten, die sich an den
Nutzungsgewohnheiten
1186 der Menschen orientieren. So sorgen wir für eine zügige Schließung der weißen
Flecken. Die
1187 Netzneutralität wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen. Und wir
machen
1188 Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn Telekommunikationsunternehmen
nicht die
1189 versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern, soll es unkomplizierten
pauschalierten
1190 Schadensersatz und hohe Bußgelder geben. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine
flächendeckende
1191 Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft. Wo die Anbieter keine
1192 Kooperationsvereinbarungen treffen, um Funklöcher zu schließen, muss notfalls lokales
1193 Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender Vergütung. Bei zukünftigen
1194 Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die Fläche so angepasst
werden,
1195 dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere entlang von
Bahnstrecken
1196 und Straßen.

1197 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

1198 Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von
Barrieren in
1199 Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen
1200 ermöglichen, länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt wohnen
zu
1201 bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Wir verfolgen den
1202 generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der
1203 Weltgesundheitsorganisation – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im
digitalen
1204 Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und
Gemeindezentren
1205 über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung
sowie
1206 Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die
Teilhabe
1207 auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und
1208 Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie
Nachbarschaftszentren
1209 und Bibliotheken fördern. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen
Bedürfnissen
1210 entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das
Nahverkehrsangebot in
1211 den Städten und auf dem Land ausgebaut und intelligent vernetzt sowie mit
intelligenten On-

1212 Demand-Systemen wie beispielsweise Rufbussen ergänzt werden. Es braucht
flächendeckend
1213 barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Wege zu ÖPNV und
1214 Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und
„Kräftesammeln“
1215 ausgestattet werden.